

# Marzahn-Hellersdorf

28. Jahrgang / Juli + August 2018

# links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

## Ein Freibad für Marzahn-Hellersdorf

Anfang 2019 begeht der Bezirk Marzahn-Hellersdorf sein 40-jähriges Bestehen. Heute leben mehr als 270.000 Menschen im Großbezirk am Berliner Stadtrand. Auch ein Freibad sollte einst entstehen, doch bisher blieben alle Initiativen dazu erfolglos.

Die einzige geordnete Bademöglichkeit, das Kaulsdorfer Wernerbad, wurde 2002 geschlossen, eine Wiederinbetriebnahme ist seitdem ausgeschlossen. 1999 eröffnete das damalige Hellersdorfer Bezirksamt ein Bebauungsverfahren für den Elsensee in Mahlsdorf mit dem Ziel, die Errichtung eines Freibades durch die private Eigentümerin des Sees zu ermöglichen. Diese Initiative schien erfolgversprechend. Doch im Jahr 2012 stoppten SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen das Verfahren.

Darauf folgte die Idee, ein „Spaßbad“ am Tierpark zu errichten. Der damalige Senat stellte 2013 den Bau von vier Bädern dieser Art in Aussicht, das Bezirksamt wollte sich um einen dieser Standorte bemühen. Doch bis heute sind nicht einmal die zwei konkret geplanten Bäder in Pankow und Neukölln umgesetzt.

2015 schlug die Linksfraction in der BVV Marzahn-Hellersdorf vor, die Kräfte zu bündeln und sich gemeinsam mit allen Fraktionen für eine gemeinsame Initiative starkzumachen. Dazu sollten alle Möglichkeiten eines Freibades – der Neubau einer Anlage, der Ausbau einer bestehenden Anlage (Schwimmhalle oder Kinderbad „Platsch“) sowie die Einrichtung einer Badestelle an einem See im Bezirk offen geprüft werden.

Doch zu dieser Zeit wollte der damalige Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD) nichts von einem gemeinsamen Weg wissen, obwohl sich zu diesem Zeitpunkt bereits viele, u.a. der Tierpark selbst, gegen ein Bad aussprachen.

Inzwischen haben sich die politischen Kräfteverhältnisse verändert und die BVV hat sich für eine



Freibad wäre schon schöner!

Foto: B. Tielebein

gemeinsame „Arbeitsgruppe Freibad“ aller Fraktionen verständigt. Jede Fraktion ist daran mit einem Mitglied beteiligt, der Vorsitzende der Linksfraction in der BVV, Bjoern Tielebein, wurde vom Ältestenrat der BVV mit der Leitung beauftragt. In einem ersten Schritt forderte die Arbeitsgruppe vom Bezirksamt eine Prüfung mehrerer Varianten durchzuführen: die Einrichtung einer Badestelle an einem See im Bezirk, die Errichtung eines Freibades innerhalb der „Gärten der Welt“, die Reaktivierung des früheren „BVB-Bades“ in der Siegfriedstraße in Lichtenberg, der Ausbau des Kinderbades „Platsch“ im Bürgerpark Marzahn sowie die Eignung freier Flächen im Bezirk für einen Neubau.

Im Mai 2018 übergab Sportstadtrat Gordon Lemm (SPD) der Arbeitsgruppe eine Liste möglicher Standorte. Sie umfasst insgesamt 19 Vorschläge, die nunmehr erneut durch die Abteilungen des Bezirksamtes geprüft werden müssen. Ziel ist es,

### Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

**Seite 2:** Nach dem Bundesparteitag : Meinungen von drei Marzahn-Hellersdorfer Delegierten

**Seite 3:** Petra Pau: Mehr Demokratie wagen / Für die Pinnwand: Bitte vormerken! / Der Anfang ist gemacht, nun muss geliefert werden!

**Seite 4:** BVV im Juni / Aus dem Bezirksvorstand: Mitgliederarbeit und Auswertung des Bundesparteitages

**Seite 5:** Regina Kittler (MdB): Bibliotheken gehören zur Daseinsvorsorge / Juliane Witt: Zusammen und gemeinsam / Feriencamp braucht Unterstützung

**Seite 6:** Mehr Bienen für Berlin?! / Aus den Siedlungsgebieten: Theater am Park braucht Gesamtkonzept / Barrierefreie Erschließung am S-Bahnhof Kaulsdorf

**Seite 7:** Zur Person: Norbert Täubert: Mit Leib und Seele bei „Laib und Seele“ / Bauwagen soll Kinderprojekt werden / Zur Fiesta de Solidaridad nach Lichtenberg!

**Seite 8:** Tipps und Termine / Hinten links: Arme und Reiche

**Die nächste Ausgabe von Marzahn-Hellersdorf links erscheint Anfang September 2018.**

sich auf eine kleine Anzahl von Standorten festzulegen. Danach wollen die Fraktionen gegenüber dem Senat die Umsetzung eines Freibades geeint einfordern. Auf diese Weise würden alle Parteien das erste Mal einen gemeinsamen Plan für ein Freibad im Bezirk verfolgen. Bezirk und Senat sind nun gefordert, gemeinsam zu handeln, damit die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirks im Sommer nicht länger auf dem Trockenen sitzen.

KRISTIAN RONNEBURG (MdB)  
Bezirksvorsitzender der LINKEN.  
Marzahn-Hellersdorf

## Bundesparteitag der LINKEN tagte im Juni in Leipzig

Wir baten die Marzahn-Hellersdorfer Delegierten, uns ihre Eindrücke zu schildern: Und geäußert haben sich drei unserer insgesamt acht:

**Beatrice Morgenthaler:**

### Kein Parteitag wie jeder andere

Ich möchte nicht so sehr über Inhalte berichten. Die Beschlüsse, die wir gefasst haben, können nachgelesen werden.

Zwei Besonderheiten möchte ich berichten. Auf vergangenen Parteitagen war es üblich, dass unser traditionelles Frauenplenum dem Parteitag vorausging. Wir Frauen waren allerdings der Ansicht, dass unser Plenum ein Bestandteil des Parteitages sein sollte. Sonst war die Gefahr groß, dass unsere Beschlüsse gar nicht wahrgenommen würden. So fand das Frauenplenum wie üblich am

ersten Tag statt, aber eben nicht mehr am Anfang der Tagung, und auch nicht in einem gesonderten Raum. Da waren wir erfolgreich.

Die zweite Besonderheit hatte etwas Dramatisches. Am letzten Tag sprach die Bundestagsfraktionsvorsitzende. Wenige Nachfragen waren eingeplant, aber dann sprengten wir die Tagesordnung. Natürlich hatten wir wie üblich am Anfang die Tagesordnung beschlossen. Aber nach Sahra Wagenknechts Rede war der Bedarf an Diskussion so groß, dass wir mit einer Stimme Mehrheit beschlossen, eine Stunde für die

Diskussion zu verwenden, wohl wissend, dass wir noch Beschlüsse zu fassen hatten. Schließlich hatten Genossinnen und Genossen sich Gedanken gemacht und hatten in Anträgen formuliert, was ihnen wichtig war und was wir noch behandeln wollten. Aber die Aussprache zum Thema Flüchtlinge und Migrant\*innen und wie innerparteilich damit umgegangen wurde – oder eben auch nicht – war uns derart wichtig, dass sie Raum brauchte. Ich denke, dass davon Impulse ausgehen, sich als Gesamtpartei viel mehr mit dem Thema zu befassen. Denn spätestens, wenn wir Wahlkampf haben – das ist schon in diesem Jahr für zwei Bundesländer der Fall –, möchten die Menschen von uns wissen, wie das sein soll mit den offenen Grenzen, und ob wir vielleicht ein Einwanderungsgesetz brauchen. Wenn wir dies haben wollten, müssen wir auf jeden Fall das Thema Asyl mit einbeziehen und feststellen, dass Einwanderung die eine Sache ist und Asyl die andere.



**Sarah Fingarow:**

### Leitantrag angenommen

Am Samstag, dem 9. Juni, verabschiedete der Bundesparteitag mit großer Mehrheit einen Leitantrag, der sich für sichere, legale Fluchtwege, offene Grenzen und ein menschenwürdiges System der Aufnahme von Geflüchteten starkmacht und die Anerkennung von Umweltzerstörung, Hunger und Landraub als Fluchtursachen fordert. Diesem klaren Bekenntnis folgten bis zum Samstag Mittag auch sämtliche der prominenten Redner\*innen unserer Partei. Umso entsetzter reagierten die Delegierten, als Sahra Wagenknecht in ihrer Rede über Hilfe ausschließlich für Kriegsflüchtlinge sprach und eine Begrenzung von „Arbeitsmigration“ forderte. Mich persönlich machte ihre Rede unheimlich wütend.

Zum einen als Heimleitung einer Flüchtlingsunterkunft, die täglich mit so vielfältigen Schicksalen von Menschen konfrontiert ist, die abgeschoben werden, weil sie aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern kommen. Zum anderen finde ich Sahras Auftritt stillos.

Der Parteitag hat als höchster Souverän unserer Partei eine klare Formulierung gefasst und stellt zurecht die Forderung an unsere Spitzenpolitiker\*innen und prominente Mitglieder, diese Positionen auch in der Öffentlichkeit zu vertreten. Sich dem zu widersetzen und die eigene Macht derart auszunutzen, ist aus meiner Sicht keine linke Politik und schadet unserer Partei.

Ich sehe es zudem als absoluten Widerspruch, einerseits zu Sammlungsbewegungen aufzurufen und andererseits die eigene Person derart in den Vordergrund zu spielen.

Nach dieser auch medial sehr hochgekochten Auseinandersetzung habe ich diese 1. Tagung des 6. Parteitages der LINKEN doch ziemlich aufgewühlt und besorgt um unsere Partei verlassen und bin gleichzeitig bestärkt, in Marzahn-Hellersdorf auf kommunalpolitischer Ebene für unsere politischen Ideen zu streiten und persönlichen Machtkämpfen jeglicher Art dabei entgegenzutreten.



FOTOS: F. GLÄSER

**Olaf Michael Ostertag:**

### Reden oder nicht reden ...

Wenn wir als DIE LINKE unter uns strittige Fragen klären müssen, dann ist der Bundesparteitag als das höchste beschlussfassende Gremium dafür eigentlich der richtige Ort. Gleichzeitig stehen wir, sowohl unsere Prominenten als auch alle Delegierten, dort aber unter scharfer Beobachtung der Medien. Deshalb schreckten wir zunächst davor zurück, unsere Konflikte auszutragen. Eine der wichtigsten und für mich wirklich demotivierenden Entscheidungen des Parteitags war, sich mit dem Antrag „Fragend schreiten wir voran“ gar nicht erst zu befassen. Dieser forderte u.a., die Programmarbeit wieder aufzunehmen. Denn die Entwicklungen, technischer wie gesellschaftlicher Natur, sind rasant und wir begegnen ihnen nicht adäquat. „Das letzte, was wir jetzt brauchen können, ist auch noch eine Programmdebatte“, sagten einige Delegierte dazu. Nun, das ist nicht meine Meinung.

Ein Bild für die Medien hatten unsere Partei- und Fraktionsspitzen so gut eingestudiert, dass sie es im Verlauf des Parteitags gleich mehrfach auf der Bühne zelebrierten: Sahra, Katja, Dietmar und Bernd vereint und einer Meinung. Dass das doch mehr Inszenierung war als echte Geschlossenheit, zeigte sich immer wieder. Am deutlichsten, als nach Sahras Rede am Sonntagmittag Nachfragen zu ihrer Position zu offenen Grenzen gestellt wurden und wegen der tumultartigen Szenen, die diese Nachfragen auslösten, eine „begrenzte Debatte“ von einer Stunde beschlossen wurde. Allein die numerische Mehrheit, mit der diese Debatte beschlossen wurde, zeigt eher als alles andere auf, wie unsicher sich unsere Partei zurzeit ist, wie häftig gespalten: Der Beschluss erging mit 250 : 249 Stimmen. Am Samstag also gegen Debatte, am Sonntag dafür – „und das ist derselbe Parteitag, das sind dieselben Delegierten“, sprach ein Delegierter aus Sachsen verwundert. Überhaupt werden von diesem Parteitag numerische Mehrheiten in Erinnerung bleiben. Unser neuer Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler kam in dieses Amt durch eine Stichwahl gegen Frank Tempel. Die Mehrheit: 265 : 262. Ein Signal der Geschlossenheit war es trotzdem irgendwie – bei gleichzeitig strikt häftiger Teilung ...



## Petra Pau (MdB): Mehr Demokratie wagen

2007 hatte ich an den „Hannah-Arendt-Tagen“ in Hannover teilgenommen. Es ging um die Krise der repräsentativen Demokratie. Ich warnte damals: Demokratieverdross spielt Rechtspopulisten in die Hände. Und ich habe gesagt: Gegen Demokratieverdrossenheit hilft letztlich nur mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie, also Volksabstimmungen auch auf Bundesebene.

Darauf zielt der aktuelle Antrag der Fraktion DIE LINKE. Ich werbe für ihn. Nun haben wir über dieses Thema hier schon öfter debattiert. Gleichwohl ist nicht immer klar, welche Positionen die einzelnen Parteien dazu grundsätzlich einnehmen. Ich will dies an zwei Beispielen illustrieren.

2004 lag der Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union vor. Dazu gab es Volksabstimmungen: in Frankreich, in den Niederlanden, in Deutschland nicht. DIE LINKE hatte das gefordert und erhielt umgehend prominente Absagen. Außenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) meinte, er lasse sich sein schönes Werk nicht vom Volk zerreden. Und Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) gab forsich kund, das Grundgesetz verbiete Volksabstimmungen. Das stimmte natürlich nicht, wie ein Blick in Artikel 20 GG zeigt. Zitat: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“

Volksabstimmungen sind also im Grundgesetz angelegt. DIE LINKE will, dass sie vom Bundestag freigeschaltet werden. Nun zur CDU/CSU, die ja Volksabstimmungen bislang ablehnt. Aber nicht durchgängig: Im Land Berlin hatten SPD und LINKE Volksabstimmungen erleichtert, gegen harsche Proteste der CDU. Doch kaum waren erleichterte Volksabstimmungen möglich, schon flitzten Mitglieder der Berliner CDU auf die Straßen, um Unterschriften für ihre Volksabstimmung ProReli zu sammeln. Offenbar hatte die Lust an direkter Demokratie den Frust dagegen überrannt. So einen Lustgewinn wünsche ich auch Ihnen, Herr Kauder, und Ihrer Fraktion.

Schließlich: Die rechtlichen Details werden wir in Fachausschüssen beraten. Grundsätzlich wollen wir im Sinne von Willi Brandt mehr Demokratie wagen, übrigens auch für Jüngere und für langjährige Mitbürger ohne deutschen Pass. Um all das geht es - wagen Sie mit!

(Rede im Bundestag für die Fraktion DIE LINKE, 14.6.2018)

## Für die Pinnwand: Bitte vormerken!



**Tickethotline: 030 5427091**

## Der Anfang ist gemacht, nun muss geliefert werden

Im „Kernland“ der CDU versammelten sich am 16.5.2018 zu einer Gesamtmitgliederversammlung in angenehmer lukullischer Atmosphäre die LINKEN des Wahlkreises 5 (Mahlsdorf-Kaulsdorf/Süd), um die mühevoll kommunale Kleinstarbeit der letzten Monate zu bilanzieren und mittels einer Entschließung den politischen Entscheidungsträgern im Land und im Bezirk aufzutragen, was wir vor Ort als dringend anzupackende Projekte für eine sozial ausgewogene und nachhaltige Entwicklung am östlichsten Stadtrand von Berlin als notwendig erachten. Wie bedeutsam diese Zusammenkunft war, zeigt auch die Tatsache, dass sowohl der Bezirks-, der BVV-Fraktionsvorsitzende als auch die Bezirksbürgermeisterin unserer Einladung gefolgt waren, um mit uns über die kommunalen Herausforderungen im Wahlkreis zu diskutieren. Dabei wurde deutlich, dass die nun schon seit Monaten sehr enge Zusammenarbeit zwischen unserem einzigen (!) Bezirksverordneten des Wahlkreises, Eberhard Roloff, und unserem „Wahlkreis-Paten“, Kristian Ronneburg (der weit mehr bisher auf den Weg gebracht hat, als der „heimliche König von Mahlsdorf“, M.C.), Früchte trägt. Und dennoch haben wir vor Ort den Eindruck, dass aufgrund großer infrastruktureller Defizite (Schulen, Mobilität, Nachbarschaftsarbeit) trotz R2G-Ankündigungen vieles noch zu lange dauert oder gar die brennen-

den Fragen nicht mit mehr Herzblut vorangetrieben werden, wie das Beispiel des Gezerres zur Verkehrslösung in Mahlsdorf zeigt. Um den auch von der Fraktion für ihre Handlungsfähigkeit geforderten Basisdruck aufzubauen als auch unser Mitmachangebot zu unterbreiten, haben wir folgende dringende Forderungen:

1. Die denkmalgeschützte Ulmengrundschule platzt jetzt schon aus allen Nähten. Eine immer wieder versprochene Sporthalle an der Bergedorfer Straße muss JETZT in trockene Tücher gebracht und noch zum Schuljahresbeginn 2018/19 der Umbau zur neuen Mensa realisiert werden, damit die Schüler gesund und stressfrei ihr Essen einnehmen können.

2. Jetzt haben wir die Chance, die erste Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe des gesamten Bezirkes (!) zum Schuljahr 2019/2010 in Mahlsdorf eröffnen zu können - Bildung inklusiv statt ausgrenzend! Bezirk und Senat müssen daher jetzt die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, sonst fährt der Zug zurück, statt hin zu mehr und besserer Bildung für alle.

3. Der unsäglichen Destruktionspolitik der CDU bei der anstehenden Verkehrslösung für Mahlsdorf möchten wir eine transparente Planungsöffentlichkeit entgegensetzen und fordern: Planungsunterlagen für ausreichende Fußwege, Radwege und Straßenbahntrassen in beiden

Varianten nach dem Sommer auf den Tisch! Der Bahnhofsknoten Mahlsdorf ist jetzt schon ein Gefährdungsschwerpunkt für alle ÖPNV-Nutzer, Fußgänger und Radfahrer.

4. Mit der Bürgermeisterin vereinbarten wir, noch im Juni an ihrem Tisch zusammenzukommen, um „unseren“ Beitrag vor Ort zu leisten, um Wohnungsbau auch für kleine Einkommen in den Wahlkreis zu bekommen. Die Gebiete an der Chemnitzer, Parler und Stralsunder Straße müssen dazu in die Waagschale sozial ausgewogener Stadtentwicklungspolitik gelegt werden.

Landes- und Bezirksvorstand und die Fraktionen im Abgeordnetenhaus und der BVV haben unsere Entschließung erhalten, verbunden mit der Bitte auf unserer nächsten GMV im Herbst zu bilanzieren, wie weit sie mit uns gekommen sind.

UWE KLETT

Koordinator DIE LINKE in Mahlsdorf-Kaulsdorf

### Lebenslinien

**Anfang und Ende  
ist zwischendurch**

JANINA NIEMANN-RICH

# BVV mit bunter Themenmischung

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 28. Juni 2018

Die letzte Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause begann mit einer Feierstunde anlässlich des 65. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Als Redner war Prof. Dr. Klaus Schroeder, wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin, geladen. In seiner Rede skizzierte Schroeder die Ereignisse nach: Freie Wahlen, die Rücknahme der Normerhöhungen und der Rücktritt der Regierung waren die Hauptforderungen der Demonstrationen und Streiks, die in etwa 500 Städten der DDR stattfanden und an denen sich 500 000 bis 1 000 000 Menschen beteiligten. Sicherheitsorgane waren schnell überfordert und die Sowjetarmee griff ein. Mindestens 55 Menschen kamen bei der Niederschlagung des Aufstandes, an der die sowjetische Armee maßgeblich beteiligt war, ums Leben. „Freiheits- und Demokratieaufstände wie diesen sollten wir in Ehren halten“, beendete Schroeder seinen Vortrag.

Im Anschluss kritisierte unser stellvertretender Vorsteher der BVV, Klaus-Jürgen Dahler, in einer persönlichen Erklärung den Verfall der politischen Kultur in der BVV und den persönlichen Umgang unter den Verordneten seit dem Einzug der AfD ins Bezirksparlament. Dahler schilderte persönliche Drohungen durch den Verordneten Daniel Birkefeld nach einer BVV-Sitzung in der Straßenbahn, betonte aber, dass er sich durch diese Einschüchterungsversuche nicht von seiner politischen Arbeit abhalten lassen und weiter für soziale Gerechtigkeit für alle Menschen im Bezirk kämpfen wird.

Die Skatehalle in der Premnitzer Straße kann vorerst weiter betrieben werden, sofern der Trägerverein den entsprechenden Antrag einreicht, teilte unsere

Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle im Bericht aus dem Bezirksamt mit. Momentan lägen keine anderen Nutzungsanfragen vor, weshalb einer weiteren Nutzung durch die Skater nichts im Wege stehen würde. Priorität der Linksfraktion war unser Antrag *Marzahn-Hellersdorfs Geschichte in die Schulen*. Das Bezirksamt soll sich demnach gegenüber den Schulen im Bezirk dafür einsetzen, dass die Geschichte der Sinti und Roma in Marzahn, ihr Leben im Zwangslager und ihre Deportation nach Auschwitz in den Klassen 8 - 13 behandelt werden und etwa in Projektarbeiten münden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Schulausschuss überwiesen.

Auf unsere Mündliche Anfrage zur *Einrichtung einer offenen Mieterberatung* im Bezirk antwortete Dagmar Pohle, dass die Gespräche zur vom Senat finanzierten offenen Mieterberatung im Bezirk laufen. Im August endet das Interessenbekundungsverfahren und unmittelbar danach soll die offene Mieterberatung ihre Arbeit aufnehmen.

*Mehr Bienen für Berlin - auch in Marzahn-Hellersdorf* war der Titel einer weiteren Großen Anfrage. Der zuständige Bezirksstadtrat Johannes Martin (CDU) antwortete, dass bereits die Einrichtung von Insektenhotels oder Grünflächenprojekte für Insekten in Schulen und Kleingartenanlagen unterstützt wurden und auch in Zukunft unterstützt werden sollen. Am Projekt *Mehr Bienen für Berlin - Berlin blüht* der Deutschen Wildtier Stiftung und der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz nimmt der Bezirk aber nicht teil.

Die Quartiere Marzahn-Nord/West und Marzahn-Mitte haben sich positiv entwickelt. Das hat das Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2017 ergeben. In

ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage zum Thema begründete Dagmar Pohle so die Verstetigung der Quartiersmanagementgebiete Marzahn-Nord/West und Mehrower Allee. Hauptaufgabe des Verstetigungsprozesses soll es sein, stabilisierende Maßnahmen fortzuführen. Deren Form und Finanzierung wird in den nächsten Monaten geklärt werden müssen, sagte Pohle.

**Beschlossene Anträge der Linksfraktion:**

● **Umgehende Öffnung des Rapsweges (Ds. 0767/VIII):** Der Rapsweg ist mittlerweile wieder in beide Richtungen befahrbar, nachdem sich viele Bürger\*innen und DIE LINKE und die SPD in der BVV dafür eingesetzt hatten. Der Antrag fordert das Bezirksamt zudem auf, eine Einwohnerversammlung zum Verkehr im Biesdorfer Norden durchzuführen.

● **Öffentliche Zugänglichkeit des Wernersees sichern (Ds. 0780/VIII):** Mit dem Antrag soll der entsprechende Bebauungsplan 10-63 um eine Festsetzung ergänzt werden, wonach eine öffentliche Zugänglichkeit des Wernersees gewährleistet bleibt bzw. Entsprechendes in einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Bauherren/Nutzer geregelt wird.

● **Weltwassertag 2019 öffentlichkeitswirksam platzieren (Ds. 0851/VIII)**

● **Gemeinsames Vorgehen des Bezirksamtes und der BVV für die öffentliche Beteiligung für eine Verkehrslösung Mahlsdorf (Ds. 0913/VIII)**

● **Sparkassenautomaten am Hultschiner Damm erhalten (Ds. 0968/VIII)**

● **A&E-Maßnahmen: Neupflanzungen ökologisch nützlich gestalten (Ds. 0969/VIII):** Bäume und andere Pflanzen, die im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen neu gepflanzt werden, sollen nicht nur ihrer Zweckmäßigkeit wegen, sondern vor dem Hintergrund der Nützlichkeit für Insekten und Fauna ausgewählt werden.

THOMAS BRAUNE

## Aus dem Bezirksvorstand:

### Mitgliederarbeit und Auswertung Parteitag

Im Juni traf sich der Bezirksvorstand zweimal. Auf der ersten Sitzung hatten wir Gäste aus dem Landesvorstand. Christin Löchner und Torsten Hesse besprachen mit uns im Beisein von Torsten Himm, wie wir im Bezirk Mitgliederarbeit und politische Bildung gestalten. Berichtet wurde auch aus anderen Stadtbezirken. Im Mittelpunkt der Mitgliederarbeit steht die Suche nach attraktiven Angeboten zur Einbeziehung junger bzw. neuer Mitglieder, ohne dass die Basisorganisationen vernachlässigt werden. In Marzahn-Hellersdorf muss die Mitgliederarbeit gleichzeitig auf den weiter wachsenden Altersdurchschnitt bei abnehmender Mitgliederzahl reagieren. Bei der politischen Bildung wird die Landesarbeitsgemeinschaft nicht nur eigene Veranstaltungsangebote unterbreiten, sondern die Bezirksverbände tatkräftig bei der Suche nach Themen oder Referenten unterstützen. Das zweite Treffen begann mit einem Meinungsaustausch zur rationelleren Gestaltung des ständigen Tagesordnungspunktes „Aktuelle Informationen“. Er hatte in den vergangenen Monaten einen zu großen zeitlichen Anteil zu Ungunsten der Erarbeitung gemeinsamer politischer Standpunkte erlangt. Wir kamen zum Entschluss, mittels Zeitregeln und inhaltlicher Begrenzung eine Verbesserung anzustreben. Informiert wurde dann u.a. über den Brief der Bezirksbürgermeisterin an Kiezbewohner zur geplanten Errichtung der Flüchtlingsunterkunft

Murtzener Ring, der auch über die Internetseite des BA abrufbar ist. Umfangreich widmete sich der Bezirksvorstand einer Auswertung des Bundesparteitages. Beatrice Morgenthaler und Kristian Ronneburg gaben ihre Eindrücke als Delegierte wieder. Beide hoben übereinstimmend die außerplanmäßige Diskussion zur Rede von Sahra Wagenknecht hervor, die sehr sachlich verlief und einen guten Einblick in die Vielfalt der Meinungen zum Thema Flüchtlinge und Migrationspolitik gab. Diese Debatte wird bekanntlich weitergeführt (u.a. gemeinsame Klausur von Parteivorstand und Bundestagsfraktion sowie eine Fachtagung). Beatrice verwies außerdem darauf, dass das Frauenplenum erstmalig inmitten des Parteitages stattfand. Kristian hob hervor, dass der Antrag zur Überarbeitung des Parteiprogramms von den Delegierten nicht zur Abstimmung angenommen wurde. Im sich anschließenden Meinungsaustausch wurde auch über die Auswertungen des Parteitages in einigen BO berichtet. Hier fand der angenommene Leitanspruch mit seiner Formulierung zu offenen Grenzen Aufmerksamkeit. Zur angekündigten Gründung einer linken Sammlungsbewegung gibt es nach wie vor nur Fragen und keine weiteren Informationen. Die Mehrheit im Bezirksvorstand plädiert für die weitere Stärkung der Partei und hat an die Sammlungsbewegung keine besonderen Erwartungen.

UWE WOLLMERSTÄDT

## „Schöner leben ohne Nazis“

### Vielfalt gewinnt

In diesem Jahr feiert Marzahn-Hellersdorf zum 10. Mal das Demokratiefest „Schöner Leben ohne Nazis“ für Vielfalt und ein respektvolles Miteinander, gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt auf dem **Alice-Salomon-Platz** in Hellersdorf.

Das Fest findet in diesem Jahr direkt am **1. September 2018** statt, dem Weltfriedens- oder Antikriegstag, von **14 bis 19 Uhr**, mit interessanten Angeboten und Mitmachaktionen der vielen freien Träger und Vereine, des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ sowie einem abwechslungsreichen Bühnenprogramm. Zuvor, am Vormittag, werden Marzahn-Hellersdorfer\*innen einmal vom Blumberger Damm in Marzahn und von der Hellersdorfer Seite, genauer vom Theaterplatz in Hellersdorf-Ost, aus mit „Bunten Touren“ durch die Straßen ziehen und alle, die es wollen, einladen, zum Fest mitzukommen.

Auch Sie sind herzlich eingeladen - feiern Sie mit uns Marzahn-Hellersdorf als einen lebenswerten Ort zum Leben, egal woher wer kommt, welcher Hautfarbe oder welcher Religion man ist, welchen kulturellen Hintergrund auch immer er oder sie hat.

SABINE SCHWARZ

## Regina Kittler (MdA): Bibliotheken gehören zur Daseinsvorsorge

Die Menschheit soll in ihrer langen Geschichte bis zur letzten Jahrtausendwende auf allen bis dahin entwickelten Speichermedien etwa 5 Mio. Gigabyte Daten produziert haben. 2011 wurde die gleiche Datenmenge in 48 Stunden hergestellt, 2013 in 10 min und heute schaffen wir das in wenigen Sekunden. (Quelle: Witzel, Landeszentrale Politische Bildung)

Als das digitale Zeitalter begann, haben viele den Bibliotheken nicht mehr viel Existenzzeit gegeben. Allen Unkenrufen zum Trotz aber behaupten sie sich als meistgenutzte Kultur- & Bildungseinrichtungen und erhalten durch IT-gestützte neue Formen und Wege der Informations- und Wissensvermittlung, die wachsende Stadt sowie zunehmende Vielfalt von Nutzer\*innenbedürfnissen eine noch größere Bedeutung.

In der Fachtagung der Linksfraktion im März haben wir mit Fachleuten und vielen Nutzer\*innen über die Zukunft der öffentlichen Bibliotheken in Berlin diskutiert.

Da wurden als neue Anforderungen die Zunahme von ausgeprägten interkulturellen Kompetenzen und Sprachkenntnissen benannt oder dass abgewogen werden muss, wie künftig das Verhältnis von digitalen zu traditionellen Medien in den Bibliotheken sein soll. Welche Öffnungszeiten brauchen einzelne Nutzer\*innengruppen und wie



Regina Kittler beim Leipziger Parteitag der LINKEN im Juni 2018 Foto: F. Gläser

sind diese personell abzusichern? Können Schüler\*innen oder Studierende hier in Ruhe recherchieren und arbeiten? Wie lassen sich kiezbezogen oder zielgruppengenau besondere Angebote realisieren?

Das sind nur einige der Fragen, die von den fach-

und sachkundigen Teilnehmer\*innen der Fachtagung in die Diskussion eingebracht wurden. Klar ist, dass noch viele Aspekte der Bibliotheksentwicklung genauer betrachtet werden müssen und vor allem, dass es finanzieller, technischer und räumlicher Grundvoraussetzungen bedarf, um den Herausforderungen moderner Bibliotheken gerecht zu werden.

R2G hat sich in der Koalitionsvereinbarung verpflichtet, die öffentlichen Bibliotheken zukunftsfähig zu gestalten. Dafür braucht Berlin ein aktuelles Bibliothekskonzept, auf dessen Basis das Bibliotheksnetz gesichert und ausgebaut wird. Ziel ist ein Bibliotheksgesetz für Berlin.

Standards müssen her, damit lebenslanges Lernen ermöglicht wird, an Orten, die für alle erreichbar, nutzbar und gut vernetzt sind und die das Erleben von Literatur, Erfahren von Wissenschaft und Kommunikation möglich machen.

Dazu gehören ausreichend qualifiziertes und gut bezahltes Personal ebenso wie gesicherte Räume. Das gilt für wissenschaftliche Bibliotheken, die ZLB, Bezirksbibliotheken und natürlich auch für Schulbibliotheken. Nutzen wir für letztere auch die Chance, die sich mit dem Schulbauprogramm ergibt. Schaffen wir auch neue Schulbibliotheken, die sich in den Stadtraum, in die Nachbarschaft öffnen.

## Juliane Witt: Zusammen und gemeinsam

Es ist trocken, erste Bäume sterben und die Rechner im Bezirksamt fallen aus - von der deutschen Mannschaft gar nicht zu reden. Wer ist an allem schuld? Natürlich die Flüchtlinge. So in dieser reflexartigen Denkart beantworten heute viele die nicht gestellten Fragen, wenn sie Einschränkungen wahrnehmen. Morgens im Radio - die Gefahr der Einwanderung. Mittags - die Sorge um Überfremdung - nachts verlässt keiner mehr das Haus, damit die Talkshows das Thema Bedrohung ins Hirn bringen können.

Auch wenn ich die Ironie und den Zynismus mal zur Seite lege, bin ich derzeit wirklich auf Krawall gebürstet, was den Anteil am herbeigeschriebenen Rechtsruck betrifft. Die Mannschaft - eben noch hoch bejubelt und beneidet um die Gehälter - wird zum Spielball der Rassisten, die sich nun auf Seite 1 wieder die nationale deutsche Truppe wünschen. Die Grenzen dicht erscheint auch denen wieder als gutes Ziel, die selbst den Prozess eines offenen Europas mit angestoßen und große Apparate in Brüssel einschließlich burgenhafter Vertretung aufgebaut haben. Der seit Jahren eingesickerte Trend, dass Europahasser im Parlament sitzen, macht es möglich von „man wird ja noch sagen dürfen“ bis zu „in einigen Punkten haben sie ja Recht“ und „die Menschen draußen wollen aber nicht mehr Multikulti“. Sie fordern „Schluss mit Genderwahn, Bürgerhaushalt, Integration, Globalisierung und Frauenförderung“. Mit diesen Trends aus dem Bauch des besorgten Bürgers sind nun nicht nur bekennende rechte Politiker unterwegs. Immer mehr greift der Nationalismus ein in die Bündnisse auch jener Regierungen, in denen eigentlich noch andere Stimmen hörbar sein

müssten. Der Ostblock mit Polen, Ungarn wird um Bayern, Italien ergänzt und mit Österreich zum vereinten Lager der Nationalen.

Dieser Übermacht der Meinungsbildung sind auch viele Bürger ausgesetzt, deren Herz links schlägt, die sich aber den Argumenten nicht mehr gewachsen fühlen. Solidarität oder Heimat? Internationalität oder Grenzen zu? Vertrauen wir dem Staat oder sind wir selbst nicht in der Zwickmühle, dass viele Linke sich jetzt die Augen reiben und schwer beurteilen können: Verteidigt Merkel die Demokratie? Überlegt die SPD in Stille oder kommt da noch was? Wird DIE LINKE sich zu einer ge-einten Haltung durchringen? Gerade der Sommer bietet jetzt eine gute Chance, das Gespräch zu suchen: beim Fußball, beim Grill mit den Nachbarn, bei den vielen, vielen Festen.

Ich würde mich freuen, wenn wir in den Dialogen mit denen, die Sorge haben, ein deutliches Signal setzen können: Wir im Bezirk jedenfalls stehen für eine offene Gesellschaft, das Miteinander und das Aushalten von Schwierigkeiten. Wir kämpfen hier für praktische Lösungen: Kitaplätze, Schulsanierung, die großen Bauvorhaben - damit alle, die hier leben, sich auch einbringen können.

Gut wäre, wenn alle, die mit uns zusammen dafür einstehen, auch das Miteinander pflegen und gemeinsam dafür arbeiten.

### \*\* Wir helfen: 10 Kinder ins Sommercamp \*\*

!! Kinder aus Familien mit ALG II oder Geringverdiener erhalten von uns einen Reisekostenzuschuss von 50 € für die Ferienlager in Prieros !! (\* siehe Terminliste unten)

LARES e.V. veranstaltet in Prieros bei Königs Wusterhausen in Kooperation mit der KJF-Prieros und F&F-Reisen erneut eine Ferienlageraktion. Gefördert wird dies durch Gewerbetreibende und die BO 51 in Marzahn NordWest. Die Delegierten des Landesparteitages haben uns bereits unterstützt.

Weitere Spenden an LARES e.V. sind willkommen:  
 IBAN.: DE55 1005 0000 6600 4242 04 / Berliner Sparkasse  
 Verwendungszweck: Spende Sommercamp 2018.

Unser Ferienlager bietet als „Natur und Kanucamp 2018“ ca. 150 Kindern viel Spaß und Erholung direkt am Hutschesee.

Unterbringung: Feste Häuser oder Bungalow, Mehrbettzimmer, einfache Ausstattung, inkl. Bettwäsche, WC/Du auf den Etagen/zentral. Alter: 6 - 14 Jahre / Eigene An- (16-17 h) und Abreise (9-10 h), inklusive: Vollverpflegung, Rundum-Betreuung und Freizeitprogramm Programmgestaltung, Sport- und Spielgeräteverleih. Bettwäsche, Kanutouren, Ausflüge - alles bereits im Reisepreis enthalten.

Reise	Zeit	Preis	/*geförderter Preis
PRS 017118	14.07. - 21.07.2018	= 248 Euro	/ 198 Euro*
PRS 027118	21.07. - 28.07.2018	= 248 Euro	/ 198 Euro*
PRS 037118	28.07. - 04.08.2018	= 248 Euro	/ 198 Euro*
PRS 047118	04.08. - 11.08.2018	= 248 Euro	/ 198 Euro*
PRS 057118	11.08. - 17.08.2018	= 228 Euro	/ 178 Euro*

Alle Nachfragen und Buchung: unter [www.ff-reisen.de](http://www.ff-reisen.de) (Telefon: 030 93492205), [www.laresev.de](http://www.laresev.de), oder [www.kjf-prieros.de](http://www.kjf-prieros.de) und im F&F-Reisebüro im Havemann-Center (Flämingstraße 122)

### \* Wir suchen noch Betreuer für unser Ferienlager 2018

Ihr habt Spaß daran, mit Kindern zu arbeiten, seid unternehmungslustig und könnt gut organisieren? Dann bewirbt euch bei uns als Betreuer  
 Internet: [www.ff-reisen.de](http://www.ff-reisen.de)

## Frank Beiersdorff Mehr Bienen für Berlin?!

Der Rückgang der Insektenwelt in Deutschland ist ein seit mehr als zwei Jahrzehnten zu beobachtender Fakt, der sich z.B. auch auf die Vogelfauna auswirkt. Die traditionellen Lebensräume auf dem Land verschwinden infolge von Monokulturen sowie der Versiegelung von ökologischen Korridoren durch Straßenbau und großräumige Gewerbeflächen. Die schwindende Artenvielfalt ist auch ein Fingerzeig für die gesunde Entwicklung des Menschen, denn in der Natur hängt alles mit allem zusammen. Das drohende Verschwinden mancher „Nützlinge“ hat auch direkte Auswirkungen auf die Entwicklung von Nutzpflanzen und damit der menschlichen Ernährung. Sollen wir uns völ-



Ein abschreckendes Foto einer „verbrannten“, sogenannten „gepflegten“ Grünfläche ...  
Foto: F. Beiersdorff

lig der Gentechnik ergeben oder sollen auch künftig noch Äpfel und Kirschen auf unseren Tellern landen, die von lebenden Bienen bestäubt wur-

den? Der Agrarlobby ist dies „schnuppe“, denn sie hängt an Rockzipfel und Geldbeutel der Großchemie. Ersatzlebensräume müssen her und das Potenzial unserer Städte ist bei weitem nicht genutzt. Grün- und Freiflächen in der Stadt, selbst am Rande oder zwischen Straßen, stehen zur Verfügung, müssen wie auch die Ränder unserer Gewässer naturnah umgestaltet werden. Blühende Blumen

und Wildkräuter statt nach langer Trockenheit „verbrannte“ Rasenteppiche, wäre das nicht auch etwas Ästhetisches? Die Aufgabe der Grünflächenpflege wäre wieder mehr mit dem Naturschutz zu verknüpfen. Der Wildnis eine Chance zu geben, „grün“ auch mal „grün“ sein zu lassen, auch in der Stadt, ist eine lohnende Herausforderung. In Charlottenburg-Wilmersdorf lief gerade ein Pilotprojekt des Senates an. Es ist zu hoffen, dass sich andere Bezirke anschließen.

## Aus den Siedlungsgebieten: Theater am Park braucht dringend Gesamtkonzept!

Im Frankenholzer Weg in Biesdorf befindet sich seit 1961 das Theater am Park. Hier war in DDR-Zeiten das Erich-Weinert-Ensemble der DDR der Gastgeber. In den 1990er Jahren gab es Pläne, diesen Kulturort zu schließen und das Gelände anderweitig zu nutzen. Es ist den Kommunalpolitikern der LINKEN zu danken, dass damals die Schließung und der Abriss verhindert werden konnten. Dazu kamen die Aktivisten des Vereins TaP e.V. mit Helmut Kontauts, Lutz Kühling und Gerhard Pielmann, die sich gegenüber allen Widerständen für den Kulturstandort starkmachten. Der Verein besitzt auch heute noch einen Jahresmietvertrag und das Haus wird mit 62000 Euro aus dem Bezirkshaushalt mitfinanziert. Seit 20 Jahren gibt es im Hause Instandsetzungs- und Sanierungsarbeiten. Trotz dieser Aktivitäten ist das Gebäude stark sanierungsbedürftig. So ist der große Saal im Theater seit 10 Jahren wegen mangelnden Feuerschutzes geschlossen. In dem in den 1960er Jahren erbauten Gebäude fehlen Brandschutztüren, Notausgänge, Rauchabzugsklappen und Wasserbrunnen.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sprach sich in mehreren Beschlussfassungen für die Weiterentwicklung des TaP als Kulturort Marzahn-Hellersdorf aus. Am 8. Mai 2018 hat jetzt das Bezirksamt den Beschluss gefasst, das

Theater weiterzuentwickeln, den seit 2003 ungenutzten Saal mit 327 Sitzplätzen zu ertüchtigen, Angebote für den künstlerischen Nachwuchs zu schaffen und einen Ort der kulturellen Bildung zu fördern. Aus Sicht der Bezirkspolitikerinnen ist das TaP ein wichtiger regionaler und überregionaler Tourismusstandort. Deshalb sollen Fördermittel der Senatsverwaltung für Wirtschaft aus der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Sanierung und künftigen Entwicklung des TaP beantragt werden. Die Kosten der notwendigen investiven Maßnahmen werden auf 8,3 Millionen Euro geschätzt. Das Haus soll allen bisherigen Nutzerinnen und Nutzern sowie allen Zielgruppen offenstehen. Die Sanierung soll die Barrierefreiheit und Zugänglichkeit der Angebote sichern. Das Haus braucht ein neues Gesamtkonzept, das unter Einbeziehung der bisherigen Nutzerinnen und Nutzer entstehen kann. Nach der Sanierung soll in einem Interessenbekundungsverfahren über den weiteren Betreiber des Hauses als Standort der Kulturwirtschaft entschieden werden. DIE LINKE in der BVV wird sich auch weiterhin für die Entwicklung des TaP einsetzen und die Beschlussfassungen des Bezirksamtes unterstützen.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter

## Barrierefreie Erschließung des S-Bahnhofs Kaulsdorf

Seit langer Zeit setzen sich Bürgerinnen und Bürger dafür ein, dass der S-Bahnhof Kaulsdorf endlich auch von Süden her barrierefrei erreichbar wird. Es gab immer wieder Vorstöße in diese Richtung, doch nun müssen endlich Entscheidungen getroffen werden.

Auch der Senat teilt die Auffassung, dass zur Verbesserung der barrierefreien Erschließung des Bahnhofs Kaulsdorf nach Süden der Bau einer barrierefreien Brücke auf die Südseite der Bahnanlagen zum Wilhelmsmühlenweg geeignet wäre.

Aktuell gibt es das Vorhaben auf dem Grundstück Wilhelmsmühlenweg 3 Einzelhandels- und Dienstleistungseinrichtungen zu etablieren, um die Nahversorgung im Wohngebiet zu verbessern und den historisch gewachsenen Bereich um den S-Bahnhof Kaulsdorf zu einem tragfähigen Nahversorgungszentrum zu entwickeln. Durch den Eigentümer wurde aktuell ein Bauantrag auf Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses mit Tiefgarage und ebenerdigen Stellplätzen beim Fachbereich Bauaufsicht, Wohnungsaufsicht und Denkmalschutz gestellt.

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hatte auf meine Nachfrage hin noch einmal erläutert, dass der Eigentümer für eine Beteiligung an den Kosten für einen Brückenbau nicht herangezogen werden kann, da dafür keine Rechtsgrundlage besteht, da dies nicht Gegenstand der Festsetzungen des B-Plans 10-20 und auch nicht relevant für die Erschließung des Grundstückes sei.

Vor diesem Hintergrund sollte das Land Berlin sich nun endlich dafür entscheiden, eine Fußgängerbrücke zu errichten. Wie mir Staatssekretär Kirchner auf meine Nachfrage bestätigt hat, würde sich dann das Land Berlin mit einem Bestellschreiben für einen zusätzlichen barrierefreien Zugang an die Deutschen Bahn Station und Service AG wenden. Danach wäre ein Planfeststellungsverfahren erforderlich. Über den dann notwendigen Kosten- und Zeitrahmen kann der Senat noch keine Aussage treffen. Aktuell wäre es möglich, wie der Senat bestätigt, die zusätzliche barrierefreie Erschließung des S-Bahnhofs Kaulsdorf in das Förderprogramm „Bahnhofsverschiebung, Zugänge, Aufgänge“ (Teilansatz in Kapitel 0730, Titel 89102) aufzunehmen.

Ich werde mich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen dafür einsetzen, dass der S-Bahnhof Kaulsdorf vollumfänglich barrierefrei erschlossen wird.

KRISTIAN RONNEBURG (MdB)

### Di-arg-nose

**explosive Ausgaben für Rüstung  
totgesparte Menschenwürde  
von vielen nicht mehr rüstigen Deutschen**

JÜRGEN RIEDEL

## Zur Person: Norbert Täubert

### Mit Leib und Seele bei „Laib und Seele“

Norbert Täubert ist vielen Marzahn-Hellersdorfer\*innen sicherlich bereits gut bekannt: Er ist seit sechs Jahren Mitglied im Team des Projektes „Laib und Seele“, das Lebensmittel an sozial Benachteiligte verteilt. Wir fragten Norbert zu seiner Tätigkeit und seinen persönlichen Vorhaben.

● **Norbert, stell Dich bitte selbst kurz vor.**

N.T.: Ich bin 40 Jahre alt, seit vielen Jahren alleinerziehender Vater einer Tochter und wohne in Marzahn-West. Gelernt habe ich „Fachkraft für



FOTO: H. EHLERT

Schutz und Sicherheit“, musste diese Tätigkeit aber aus familiären und gesundheitlichen Gründen aufgeben. In einer sehr schwierigen persönlichen Situation bin ich mit der Evangelisch-lutherische Missionsgemeinde Berlin-Marzahn e.V. in Kontakt gekommen, die der Träger des Projektes „Laib und Seele“ ist. Dort habe ich ein neues und für mich wichtiges Tätigkeitsfeld gefunden. Da bin ich die „rechte und linke Hand“ der Leitung der Gemeinde, wie Pastor Kirsten Schröter immer sagt. Die Arbeit im Projekt und viele Gespräche im Kiez und darüber hinaus haben mich überzeugt, dass sich die „LINKE“ stark macht für alle gesellschaftlich Benachteiligten. Deshalb bin ich vor drei Jahren Mitglied geworden.

● **Wie sieht die Arbeit im Projekt aus?**

N.T.: Wir arbeiten für bedürftige Menschen, indem wir auf vertraglicher Basis Lebensmittelspenden von Supermärkten holen und diese in unserer Ausgabestelle, vielen vielleicht noch unter dem früheren Namen „Hafen“ bekannt, an bedürftige Menschen verteilen. Bei uns können sich alle Menschen aus dem Bezirk registrieren lassen, indem sie den Nachweis ihrer materiellen Bedürftigkeit vorlegen. Es sind inzwischen ca. 1.600 Erwachsene und 580 Kinder, darunter Rentner, Alleinerziehende, auch Flüchtlinge, die sich bei uns Lebensmittel holen. Natürlich ist es traurig, dass so viele Menschen auf unsere Unterstützung zurückgreifen müssen. Aber solange das notwendig ist, wird jeder Geburtstag unseres Projektes gefeiert, weil es die „Tafel“ noch gibt.

● **Erhaltet ihr staatliche Unterstützung?**

N.T.: Materielle Unterstützung bekommen wir nur recht wenig. Wir arbeiten sehr eigenständig. 44 Ehrenamtliche, darunter ich, und sieben vom JobCenter geförderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten die Hauptarbeit. Der Pastor ist von der Kirchgemeinde angestellt. Dank Juliane Witts Einsatz konnte die Miete erträglich gehalten werden und es gibt auch Anzeichen, dass wir aus dem bezirklichen Haushalt einige Mittel für unsere Arbeit bekommen können. Die Linken unterstützen uns bei diesen Bemühungen wirklich. Von den „Kunden“ bekommen wir kleine Spenden, die Lebensmittel gibt es ja kostenlos. Diese Spenden helfen uns, die Kosten des Projektes zu decken.

● **Was wünschst du dir für die Zukunft?**

N.T.: Schön wäre es, wenn wir für das Projekt künftig auch feste Personalstellen bekämen. Ich selbst würde mich sehr freuen, wenn meine Arbeit nicht mehr nur ehrenamtlich laufen müsste. Und persönlich? Meine Tochter möge erfolgreich eine Ausbildung absolvieren und wenn alles gut geht, möchte ich mich im sozialen Bereich weiter qualifizieren.

● **Dazu wünscht Marzahn-Hellersdorf links alles Gute!**

DAS GESPRÄCH FÜHRTE HILKA EHLERT



### Sponsoren gesucht: Bauwagen soll Kinderparadies werden

„Laib und Seele“ hat noch vieles vor. Und man hat sich dazu schon Gedanken gemacht - im Rahmen der gesamten Neugestaltung des Gartens, zu dem auch der Bauwagen, *siehe Foto*, gehört, beispielsweise: Dieser Bauwagen wird für die Kinderbetreuung an den Ausgabeterminen genutzt und soll schöner werden. Ein neuer Anstrich ist nötig. Das Dach muss ausgebessert werden. Innen soll er eine Schönheitskur bekommen sowie die Ausstattung erweitert werden. Laib und Seele würde sich freuen, wenn diese Vorhaben unterstützt würden: Wer helfen möchte, rufe einfach an: 030 93024126 (Anrufbeantworter). **MHI**

## Zur Fiesta de Solidaridad nach Berlin-Lichtenberg!

**A**m 28. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder die traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin.

„Man fühlt sich wie in Kuba!“ - so erzählen es jedes Jahr die Besucher der „Fiesta de Solidaridad“. Die AG Cuba Sí lädt am 28. Juli 2018 wieder Kubafreundinnen und Kubafreunde aus dem In- und Ausland zu diesem großen Solidaritätsfest in die Berliner „Park-ae“ ein.

Auch in diesem Jahr erwartet die Besucher\*innen ein umfangreiches Programm: Musik, Vorträge, Ausstellungen und Diskussionen, dazu gibt es Baseball, Boxen und Domino. An über 50 Ständen locken karibische Cocktails, leckeres Essen, Infos aus Kuba und Lateinamerika sowie interessante Gespräche. Für die Talkrunden hat Cuba Sí interessante Gäste eingeladen, so zum Beispiel den kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo, angekündigt hat sich auch sein „Interkosmos“-Kollege Siegmund Jähn. Bei der Fiesta dabei sind auch María del Carmen Cejas, Präsidentin unserer Partnerorganisation für die Milchprojekte (ACPA), sowie Elio Gámez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft. Die kleinen Fiesta-Besucher können sich auf ein wunderbares Kinderfest freuen, und bei unserer Solidaritätstombola ist der Hauptpreis ein Flugti-

cket nach Kuba.

Am Abend steht die Band „Che Sudaka“ live auf der Fiesta-Bühne! Und für die Nimmermüden beginnt um 22 Uhr eine After-Show-Party im Stadtteilladen „Zielona Gora“. am Boxhagener Platz, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin.

„Umsonst und draußen“ - so feiern wir die „Fiesta de Solidaridad“ auch in diesem Jahr! Wer sich trotzdem an der Finanzierung unseres Solifestes beteiligen möchte, kann dies mit einer Spende von 5 Euro tun. Dafür gibt's den Soli-Button - getragen am T-Shirt oder am Rucksack macht er Euch als Unterstützer der Fiesta erkennbar. Und wer Lust hat, am Fiesta-Tag dem Organisationsteam zu helfen - beim Auf- oder Abbau, beim Cocktail-Mixen, beim Bierverkauf oder beim Verkauf der Lose -, der melde sich bitte unter [berlin@cuba-si.org](mailto:berlin@cuba-si.org)!

Nos vemos! Wir sehen uns in Berlin.  
AG Cuba Sí ([www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org))



**Fiesta de Solidaridad**  
**28. Juli 2018, 14 - 22 Uhr**  
**Park-ae Berlin-Lichtenberg,**  
**Nähe S- und U-Bhf. Frankfurter Allee**

**Sozialberatung im****Kiezbüro von Kristian Ronneburg**

» **19.7., 15 Uhr:** Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Die Idee ist es, Menschen mit sozialen Problemen mit einer Erstberatung zur Seite zu stehen. Dafür wird ein Anwalt vor Ort sein. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf sowie eine private Atmosphäre zu ermöglichen, wird um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe [www.kristian-ronneburg.de](http://www.kristian-ronneburg.de)), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen:

stein@wk.linksfraktion-berlin.de

volkert@wk.linksfraktion-berlin.de erfolgen.

Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

**Marx-Ausstellung**

» **noch bis 31.7., Ausstellung** anlässlich des 200. Geburtstages von Karl Marx, Karikaturen aus der Sammlungen von Hans Hübner und anderen, Kiezbüro von Kristian Ronneburg (MdB), Cecilienplatz 5, 12619 Berlin (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr)

**DIE LINKE kocht's hoch**

» **6.7., 11 - 13 Uhr,** LINKE Kochshow mit Dr. Manuela Schmidt (MdB) auf der Marzahner Promenade 30, 12679 Berlin, nahe Apotheke und Netto-Einkaufsmarkt

» **15.8., 11 - 14 Uhr,** LINKE Kochshow mit Regina Kittler (MdB) auf dem Helene-Weigel-Platz, 12681 Berlin

**Kinderfest am Theaterplatz**

» **13.7., 15 - 18 Uhr, Kinderfest** auf dem Theaterplatz, nahe U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße, mit Hüpfburg, Kinderschminken, Basteln, Spielen und noch viel mehr

**Kiezdrtour mit Regina Kittler**

» **14.8., 9 - 13 Uhr,** Kiezdrtour mit Regina Kittler (MdB), Start um 9 Uhr am S-Bahnhof Biesdorf, untere Oberfeldstraße, mit Führung durch das Schloss Biesdorf und das Gutshaus Mahlsdorf

**„Schöner leben ohne Nazis“**

» **1.9., ab 14 Uhr,** Helle Mitte, Alice-Salomon-Platz, 12627 Berlin

**Bezirksvorstand**

» **17.7., 7.8., 21.8., 4.9.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

**Basisgruppensprecher-Beratungen**

» **5.9.** 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **6.9.,** 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» **6.9.,** 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

**Sprechstunde Petra Pau (MdB)**

» **15.8., (1)** 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, **(2)** 15-17 Uhr, Pestalozzitreff, Pestalozzistr. 1a, 12623 Berlin, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

**Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)**

» Einen persönlichen Termin mit Dr. Manuela Schmidt vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Helene-Weigel-Platz, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Telefon: 030 54980323.

**Sprechstunden Regina Kittler (MdB)**

» Einen persönlichen Termin mit Regina Kittler vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Helene-Weigel-Platz, E-Mail: buero@regina-kittler.de, Telefon: 030 54980322.

**Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)**

» Einen persönlichen Termin mit Kristian Ronneburg vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Kiezbüros am Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr), Telefon: 030 47057520.

**Abgeordnetenbüros**

» **Dr. Manuela Schmidt (MdB)**, Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler (MdB)**, Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg (MdB)**, Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

**BVV-Fraktion**

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, dienstags 9-12 Uhr, mittwochs 15 - 17 Uhr, donnerstags 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

**Hinten links: Arme und Reiche**

62 Reiche besitzen mehr als die Hälfte der übrigen Erdbevölkerung zusammen genommen – doch auch unter diesen Milliarden Menschen sind die Unterschiede himmelweit.

Seit vier Jahrzehnten läuft mit der Doppelstrategie von steigender Staatsverschuldung und Sozialabbau weltweit eine irre Umverteilung von Arm zu Reich.

Frankreich, USA, Japan u. a. sind überschuldet mit weit über 100 bis 240 %.

Bis 1969 galt nach deutschem Grundgesetz Art. 115 Abs. 1 Satz 1 die direkt an Investitionstätigkeiten gekoppelte Regel: „Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten.“

In gut vierzig Jahren enthemmten neoliberalen Kapitalismus stieg die Staatsverschuldung Deutschlands seit 1975 von rund 20 % auf über 80 % in 2010 und wurde infolge der „Schuldenbremse“ – 2009 in GG Art. 109 Abs. 3 aufgenommen (jährliche Nettokreditaufnahme < 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts - BIP) – auf gegenwärtig 71 % abgesenkt.

Mittels Verfassungsauftrag für angemessene Besteuerung der Reichen zu sorgen und dahingehend die Staatseinnahmen zu regulieren – darauf verzichten die Herrschenden.

**Frage:**

Warum bewegten sich in den Nachkriegsjahrzehnten des gigantischen Wiederaufbaus trotz der dafür erforderlichen immensen Finanzbedarfe in allen großen kapitalistischen Staaten die Schuldenquoten lange lediglich zwischen 5 und 30 %?

R. RÜDIGER

**Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,**

**12627 Berlin, Tel.:** 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

<b>Offen:</b>	<b>Montag</b>	<b>13 - 17 Uhr</b>	
	<b>Dienstag:</b>	<b>10 - 17 Uhr</b>	<b>Schließzeit:</b>
	<b>Donnerstag:</b>	<b>13 - 18 Uhr</b>	<b>3. August bis 17. August 2018</b>
	<b>Freitag</b>	<b>10 - 13 Uhr</b>	

**Impressum Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 29.06.2018. Auslieferung ab 03.07.2018.

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint **exakt am 04.09.2018 (Anlieferung aus Druckerei).**